

Kromphardt, Jürgen

**Article**

## Weshalb wir eine eigenständige Makroökonomie brauchen

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

**Provided in Cooperation with:**

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

*Suggested Citation:* Kromphardt, Jürgen (1991) : Weshalb wir eine eigenständige Makroökonomie brauchen, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 17, Iss. 2, pp. 141-155

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332346>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

# Weshalb wir eine eigenständige Makroökonomie brauchen\*)

Jürgen Kromphardt

---

## I. Kriterien einer eigenständigen Makroökonomie

Stanley Fischer (1988) kennzeichnet in seinem Survey „Recent Developments in Macroeconomics“ die makroökonomische Theorie oder (kurz) die Makroökonomie von ihrem Untersuchungsobjekt her, indem er eingangs schreibt: „The focus in this survey is on the core issue of the reasons for macroeconomic fluctuations and sometimes persistent unemployment.“

Solange diese Phänomene als wirtschaftspolitisches Problem angesehen werden, wird es eine so definierte Makroökonomie geben, und es wird in ihr auch weiteres Fortschreiten der Erkenntnisse geben, wie sie Fischer (1988, S. 331) für die achtziger Jahre konstatiert („there has been remarkable progress in understanding many theoretical issues“).

In diesem Text geht es mir aber nicht um die Makroökonomie in diesem weiten Sinn, sondern um eine eigenständige Makroökonomie, die ich ausgehend von der Methode so charakterisieren möchte: Kennzeichnend für die Makroökonomie ist, daß sie die *Interdependenz* aller ökonomischen Phänomene durch die Analyse der *beobachtbaren* Wechselwirkungen zwischen gesamtwirtschaftlichen Aggregaten und der Reaktion der Aggregate auf wichtige Schlüsselgrößen (wie Zinssatz, Renditeerwartungen) zu erfassen versucht und *nicht* durch die Postulierung fiktiver, nicht existierender Koordinationsmechanismen zwischen den einzelwirtschaftlichen Entscheidungen. Der Einstieg über die Aggregate wird für notwendig gehalten, weil nur so die kreislaufmäßigen Interdep-

\* Erweiterte Fassung eines Vortrages, gehalten am 2. Jänner 1991 vor dem Arbeitskreis Dr.-Benedikt-Kautsky.

endenzen zu erkennen und zu analysieren sind. Definiert man auf diese Weise eine *eigenständige* Makroökonomie, so wird ein Teil der Theoriegebäude, die sich mit den von Fischer genannten gesamtwirtschaftlichen Problemen beschäftigt, nicht erfaßt bzw. ausgeschlossen, nämlich diejenigen Systeme gesamtwirtschaftlicher Aussagen, die aus der Mikroökonomie mit Hilfe von Verallgemeinerungen von der einzel- auf die gesamtwirtschaftliche Ebene gewonnen werden.

Mit dieser Ausklammerung von gesamtwirtschaftlichen Aussagen, die aus der Mikroökonomie gewonnen werden, soll selbstverständlich nicht die Notwendigkeit und Bedeutung der mikroökonomischen Analyse selbst angezweifelt werden. Diese ist vor allem aus zwei Gründen notwendig und vorteilhaft: *Erstens* handeln in einer Wirtschaft stets die Individuen und nicht die Aggregate, die von der Makroökonomie betrachtet werden; also braucht man die Mikroökonomie, um wirtschaftliches Handeln zu erklären. *Zweitens* kann die Mikroökonomie das Verhalten des einzelnen in einer gegebenen Umwelt betrachten; die Auswirkungen seines Handelns auf die Umwelt kann sie vernachlässigen – sie kann, mit anderen Worten, partialanalytisch sein und sich für jedes zu behandelnde Problem jeweils auf einen überschaubaren Bereich beschränken. Dadurch kommt die Mikroökonomie häufig zu eindeutigen Ergebnissen.

Der erste Grund für die ungefährdete Existenz der Mikroökonomie bringt nun viele Autoren zu der Meinung, jede ökonomische Theorie müsse notwendigerweise mikroökonomischer Natur sein. Ekkehard Schlichts Referat mit dem Thema „Die Wachstumstheorien im Widerspruch von Mikro- und Makroansatz“ auf dem letzten Ottobereuer Seminar verdanke ich den Hinweis, daß man eine solche Sicht schon bei Carl Menger findet:

„Die Phänomene der ‚Volkswirtschaft‘ sind ...keineswegs unmittelbare Lebensäußerungen eines Volkes als solchen, unmittelbare Ergebnisse eines ‚wirtschaftenden Volkes‘, sondern Resultate all der unzähligen einzelwirtschaftlichen Bestrebungen im Volke, und sie vermögen demnach auch nicht unter dem Gesichtspunkte der obigen Fiktion uns zum theoretischen Verständnis gebracht werden. Die Phänomene der ‚Volkswirtschaft‘ müssen vielmehr, gleich wie sie sich uns in Wirklichkeit als Resultate einzelwirtschaftlicher Bestrebungen darstellen, auch unter diesem Gesichtspunkte theoretisch interpretiert werden.“ (Menger, 1883, S. 87 f, zitiert nach Schlicht, 1991).

Schlicht folgert daraus, daß nach dieser Überlegung eine makroökonomische Theorie keine Berechtigung habe; sie wäre „Fiktion“.

Wenn man aber dieser Auffassung folgt und mikrotheoretisch an die Lösung ökonomischer Fragen herangeht, dann stellt sich das Problem der Verallgemeinerung: Unter welchen Voraussetzungen kann eine gefundene mikroökonomische Aussage zu einer gesamtwirtschaftlichen Aussage verallgemeinert werden, mit anderen Worten auf die Ebene einer makroökonomischen Aussage gehoben werden?

Die Mikroökonomien, die einer solchen Verallgemeinerung nicht widerstehen können, gehen zwei Wege: Sie bezeichnen den individuellen Akteur als repräsentativen Haushalt bzw. als repräsentatives Unterneh-

men *oder* sie modellieren explizit den Preismechanismus des Marktsystems und schreiben ihm eine Perfektion zu (Stichwort: vollständiges System kontingenter Zukunftsmärkte), die in der Realität nicht zu finden ist.

Auf diese Weise kommt es zu einer erstaunlichen Asymmetrie: Viele Mikroökonomen bestreiten die Existenzberechtigung einer eigenständigen *Makroökonomie*, kein Makroökonom aber bestreitet die Notwendigkeit einer eigenständigen Mikroökonomie! Vielmehr betonen die Makroökonomen zweierlei:

- a) Man kann makroökonomische Fragen nicht mit mikroökonomischer Theorie beantworten.
- b) Die Makroökonomie kann nicht auf einer Mikroökonomie aufgebaut werden, die aufgrund ihrer Annahmen keinen Platz für gesamtwirtschaftliche Entwicklungen läßt, die sich aus den Kreislaufzusammenhängen und den Unvollkommenheiten der Koordination der Märkte ergeben.

Vor allem hierin liegen die Schwierigkeiten, die die keynesianische Makroökonomik mit der Mikrofundierung hat. Howitt (1987) charakterisiert diese im „New Palgrave Dictionary“ in seinem Beitrag „Macroeconomics: Relations with Microeconomics“ so:

„The story of the development of macroeconomic theory beginning with the Keynesian Revolution is largely a story of the struggle between these opposing forces: the quest for a microformulation and the recognition that existing micro theory is inadequate for dealing with macro problems“ (1987, S. 274).

Definiert man Makroökonomie von der Methode her, so gibt es – abgesehen von der klassischen Nationalökonomie – vor allem *zwei* eigenständige makroökonomische Theoriegebäude, die in der Nachkriegszeit eine große Rolle in der theoretischen und wirtschaftspolitischen Diskussion gespielt haben:

1. die keynesianische Theorie bzw. die Theorie von Keynes und
2. die monetaristische Theorie, also die von Friedman wiederbelebte und neuformulierte Quantitätstheorie.

Beide Theorien untersuchen die Zusammenhänge zwischen den wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Größen, wie Produktion und Beschäftigung, Einkommen und Preisniveau. Dabei ist es der Keynesschen Theorie besonders wichtig, Höhe und Schwankungen des gesamtwirtschaftlichen Produktionsvolumens zu erklären (dies Ziel entspricht der Fischerischen Zielbestimmung für die Makroökonomie); die zweite hingegen verfolgt vorrangig das Ziel, Höhe und Veränderung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus zu erklären.

Die *neue* klassische Makroökonomie ist dagegen – methodologisch gesehen – keine eigenständige makroökonomische Theorie; sie ist vielmehr ein System von Aussagen über gesamtwirtschaftliche Größen, das aus einem mikroökonomischen Totalmodell unter den Annahmen vollständiger Konkurrenz und stets preisgeräumter Märkte gewonnen worden ist. Sie ist daher als konkurrierendes Theoriegebäude zur eigenständigen Makroökonomie anzusehen.

Mit dem Monetarismus werde ich mich im folgenden nicht beschäftigen; denn wenn über die Existenzberechtigung und die Zukunft einer eigenständigen Makroökonomie diskutiert wird, dann geht es eigentlich stets um die keynesianische Makroökonomie. Der Grund dafür ist darin zu sehen, daß die monetaristische Theorie nur eine Lücke füllt, die von der neoklassischen Mikroökonomie gelassen wird, nämlich die Bestimmung des Preisniveaus. Sie ergänzt daher die Mikroökonomie, aber sie widerspricht ihr nicht.

Anders ist es mit der keynesianischen Makroökonomie, die vielen *Verallgemeinerungen* der Mikroökonomie auf der Makroebene widerspricht. Daher ist die Frage von zentralem Interesse: Was wird von der keynesianischen Makroökonomie bleiben? Der Antwort auf diese Frage sind die folgenden Abschnitte gewidmet.

## II. Kriterien für die Akzeptanz makroökonomischer Theorien

Zur Beantwortung der gestellten Frage möchte ich von der These ausgehen, daß die Bedeutung, die einer Theorie in der „wissenschaftlichen Gemeinschaft“ zuerkannt wird, von zwei Faktoren abhängt:

1. Auf der *theoretischen* Ebene zählt ihr Beitrag zur Erklärung von in der Realität zu beobachtenden Phänomenen. Nach Ansicht von Popper ist dieses Erkenntnisinteresse sogar das Entscheidende! So schreibt er in der „Logik der Forschung“ (8. Auflage 1984, S. 31): „...vor allem ist schließlich festzuhalten, daß dem Theoretiker an der Erklärung als solcher gelegen ist, d. h. an nachprüfbaren erklärenden Theorien, und daß ihn Anwendungen und Prognosen nur aus theoretischen Gründen interessieren – weil sie zur *Prüfung* von Theorien verwendbar sind.“
2. Auf der wirtschaftspolitischen Ebene hängt ihre Akzeptanz von ihrer Fähigkeit ab, für die als vordringlich anerkannten aktuellen wirtschaftspolitischen Probleme Lösungsvorschläge anzubieten; dabei hängt die Anerkennung von Problemen als „vordringlich“ auch von den dominierenden Werturteilen ab.

Wenn dies so ist, so stellt sich die nächste Frage: Nach welchen Kriterien bewerten Theoretiker alternative, vorliegende Theorien? Das wichtigste Kriterium scheint mir die *logische Konsistenz* zu sein, die sich heutzutage in formaler Konsistenz ausdrückt. Mit diesem Aspekt beschäftigt sich Abschnitt III, mit der wirtschaftspolitischen Ebene Abschnitt IV.

## III. Inkonsistenz in der keynesianischen Theorie und der Ansatzpunkt zu ihrer Überwindung

Mißt man die Erklärungskraft einer Theorie an ihrer logischen und formalen Konsistenz, so schneidet die keynesianische Theorie schlecht ab! Das liegt meines Erachtens an zwei Dingen: *Erstens* haben die Key-

nesianer in Lehrbüchern und Artikeln die Theorie von Keynes häufig auf ein recht simples Schema reduziert, nämlich das IS/LM-Diagramm von Hicks, das vor allem folgende Schwachpunkte aufweist (vgl. im einzelnen meinen Artikel „Die Zukunft der Globalsteuerung“, 1986).

- a) Im IS/LM-Diagramm können nicht gleichzeitig Mengen und Preise variiert werden. Es lassen sich nur nominale oder reale Größen betrachten.
- b) Es fehlt die Angebotsseite.
- c) Es fehlen Aussagen über Marktstruktur und Marktverhalten; die Beziehungen zur mikroökonomischen Theorie bleiben ungeklärt.
- d) Die Verteilungsproblematik wird ausgeblendet.
- e) Der Arbeitsmarkt bleibt außer Betracht.
- f) Die Geldmenge ist exogen; der Bankensektor wird vernachlässigt.
- g) Die Unsicherheit der Erwartungen bleibt draußen vor.

*Zweitens* haben viele Keynesianer sich auf die „Neoklassische Synthese“ im eigentlichen Sinn eingelassen, bei der – beginnend mit Modigliani (1944) – durch Kombination des IS/LM-Diagramms mit einem neoklassischen Arbeitsmarkt das keynesianische Instrumentarium mißbraucht werden kann (und wurde), um neoklassische Ergebnisse zu produzieren. Ich spreche hier nicht von der These, die auch Keynes selbst vertreten hat, daß bei erfolgreicher Vollbeschäftigungspolitik „viele der alten klassischen Prinzipien der Mikroökonomie wieder Geltung erlangen“ (Samuelson, 1975, S. 442), sondern von jener neoklassischen Synthese, die den Geltungsbereich der mikroökonomischen Verallgemeinerungen nicht auf den Fall der Vollbeschäftigung beschränkt.

Um aus deren Umklammerung herauszukommen, war dann später eine Neubesinnung erforderlich bzw. eine Rückbesinnung auf den eigentlichen Kern der Theorie von Keynes. Diese Rückbesinnung eingeleitet zu haben, ist das große Verdienst von Clower (1963) und von Leijonhufvud (1968), der den Unterschied zwischen den „Economics of Keynes“ und den „Keynesian Economics“ herausarbeitete. In dieser Phase einer Rückbesinnung, deren Ausmaß und Notwendigkeit sehr unterschiedlich eingeschätzt wird, bietet die keynesianische Theorie kein Bild der Konsistenz und Geschlossenheit; ganz im Gegenteil bieten die unterschiedlichen Interpretationen zahlreiche Angriffsflächen. Daher hat die keynesianische Theorie auf Dauer nur Chancen, wenn sie voll aus der neoklassischen Umklammerung gelöst und dann konsequent und eigenständig aufgebaut wird.

Für ihren konsistenten Neuaufbau muß die keynesianische Theorie von folgender *Grundfrage* her konzipiert werden: Warum funktioniert die Gesamtwirtschaft nicht so, daß auf allen Märkten, einschließlich der Faktormärkte, Angebot und Nachfrage in Übereinstimmung gebracht werden, obwohl doch die Mikroökonomie zeigt, daß auf jedem einzelnen Markt, für sich betrachtet, ein solches Gleichgewicht erreichbar ist? Die Antwort kann nur sein: Das Ergebnis ist anders, wenn man das Zusammenwirken zwischen den Märkten (die *spillovers*) berücksichtigt, also die Koordination von Entscheidungen auf verschiedenen Märkten. Dann zeigt sich: Was nicht so gut funktioniert, wie man es für die Vollbeschäftigung

tigung aller Produktionsfaktoren bräuchte, ist die Koordination der Märkte. Hier gibt es *Koordinationsversagen*. Dieses Versagen resultiert im Grundsatz nicht daraus, daß die Preise nicht genügend flexibel sind, sondern daraus, daß bei Berücksichtigung der Spillover-Effekte die Preise und insbesondere die Faktorpreise mehrere Koordinationsaufgaben gleichzeitig übernehmen müssen, die sie nur ausnahmsweise gleichzeitig erfüllen können.

Dies möchte ich kurz für den Gütermarkt, den Geldmarkt und den Arbeitsmarkt aufzeigen: Auf dem *Gütermarkt* sind Angebot und Nachfrage nach Gütern so zu koordinieren, daß beide sich bei einem Produktionsniveau treffen, bei dem alle Erwerbspersonen, die arbeiten wollen, Arbeit in gewünschtem Umfang haben. Liegt die Nachfrage niedriger, so müßten Löhne und Zinsen so verändert werden, daß die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage steigt. Für eine höhere Konsumgüternachfrage wäre dafür ein höherer Lohnsatz hilfreich, für höhere Investitionen dagegen ein niedriger Lohnsatz – zwecks Verbesserung der Gewinnerwartungen – und außerdem niedrigere Zinsen und höhere Preise; für die aktuellen Absatzmöglichkeiten wären aber eher niedrigere Preise vorteilhaft. Auf dem *Geldmarkt* werden Angebot und Nachfrage nach Geld zum Ausgleich gebracht. Eine durch die eben genannte Zinssenkung hervorgebrachte Erhöhung der Gesamtnachfrage erhöht jedoch die Nachfrage nach Geld. Bei gegebener Geldmenge braucht man daher einen höheren – und nicht einen niedrigeren – Zins, um den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Geldmarkt zu erreichen. Auf dem *Arbeitsmarkt* würde ein höherer Lohnsatz zu einer verstärkten Substitution von Arbeit durch Kapital führen, also die Nachfrage nach Arbeit verringern; diese würde außerdem weiter angetrieben durch niedrigere Zinsen zwecks Steigerung der Investitionen. Andererseits aber würde verstärkte Substitution von Arbeit durch Kapital mehr Rationalisierungsinvestitionen und damit kurzfristig mehr Nachfrage nach Arbeit bedeuten, aber eben nur solange, bis die neuen Maschinen installiert sind und die Arbeitskräfte freigesetzt werden.

E. Schlicht hat in seinem Ottobreuer Referat diese Koordinationsprobleme in zwei Gruppen geteilt: Die erste bezeichnet er als „keynesianische Koordinationsproblem, das sich auf die Räumung des Gütermarktes bezieht: Wie kann erreicht werden, daß die aggregierte Nachfrage nach Gütern und Diensten gerade der Höhe der Vollbeschäftigungsproduktion entspricht, wo doch die aggregierte Nachfrage Resultante vieler unabhängig voneinander getroffener einzelwirtschaftlicher Entscheidungen ist?“ Das zweite „makroökonomische Koordinationsproblem bezieht sich auf die Wahl der Produktionsverfahren: Wie kann erreicht werden, daß die Wahl der Produktionsverfahren, die in den einzelnen Unternehmungen unabhängig voneinander erfolgt, auf eine gesamtwirtschaftliche Kapitalintensität führt, die der angebotsseitig vorgegebenen Faktorausstattung entspricht? Dies ist das neoklassische Koordinationsproblem.“

Ich hoffe, gezeigt zu haben, daß diese beiden Koordinationsprobleme nicht unabhängig voneinander bestehen. Selbstverständlich befaßt sich

die keynesianische Makroökonomie vorrangig mit dem keynesianischen Koordinationsproblem und mit den Konsequenzen, die aus entsprechendem Koordinationsversagen zu ziehen sind. Dabei sollte klar geworden sein, daß dieses Problem nicht durch flexible Preise und Löhne gelöst werden kann. Flexible Preise und Löhne können sogar problemverschärfend sein, d. h. destabilisierend wirken, wie De Long und Summers (1986) gezeigt haben. Insofern ist es falsch, der neoklassischen Betonung des Problemlösers „Preismechanismus“ dadurch entgegenzukommen, daß man sich nur noch mit der Flexibilität bzw. Inflexibilität der Preise und Löhne beschäftigt. Genau das aber tut die „New Keynesian Economics“, die Robert Gordon (1990) in einem Survey des „Journal of Economic Literature“ vorstellt. Gordon schreibt dort zunächst zustimmend, es sei der „traditional view, that Keynesian economics is fundamentally about the macroeconomic externalities of individual decisions and the coordination failure inherent in a free-market economy“ (S. 1117).

In der Gegenüberstellung mit den „New-classical Macroeconomics“ schreibt er des weiteren zutreffend: „The essential feature of Keynesian macroeconomics is the absence of continuous market clearing“ (S. 1135), um dann eben doch in neoklassisches Fahrwasser zu geraten: „Each agent faces a constraint that is indirectly a result of his own failure to reduce sufficiently its price and this points to a coordination failure ...“.

Hier schimmert wieder die neoklassische Vorstellung durch, jeder „Agent“ könne durch Preissenkung seinen Absatz erhöhen. Das gilt aber nur bei *gegebener* Gesamtnachfrage, und genau dies darf in der Makroökonomie *nicht* angenommen werden.

Der schwedische Nationalökonom Leijonhufvud hat diese Verschiebung in der Argumentation mehrfach mit Hilfe einer Darstellung kritisiert, die sich an der schwedischen Flagge orientiert (zuletzt 1987). Ich reduziere diese hier auf das folgende Matrixschema:

| Absorptionsmechanismus<br>Schocks | nominal                   | real              |
|-----------------------------------|---------------------------|-------------------|
| nominal                           | Friedmans<br>Hubschrauber | Insel-<br>parabel |
| real                              | Neoklassische<br>Synthese | Keynes            |

Als rein nominale Schocks bezeichnet Leijonhufvud solche, die durch rein nominale Änderungen ausgeglichen werden können; z. B. kann eine Erhöhung der Geldmenge durch Abwurf von Geldscheinen aus einem



Hubschrauber durch eine Steigerung des allgemeinen Preisniveaus ausgeglichen werden. Es handelt sich offenbar um Schocks, die alle gleichmäßig betreffen und daher durch entsprechende allgemeine Reaktionen ausgeglichen werden können. Reale Schocks dagegen erfordern Änderungen relativer Preise, soweit nicht die notwendigen Mengenreaktionen bereits bei gegebenen Preisrelationen erfolgen. Sind bei den betroffenen Gütergruppen die Stückkosten konstant und freie Produktionskapazitäten vorhanden, so kann ein realer Schock (z. B. Verschiebung der Nachfrage) auch bei unveränderten relativen Preisen durch eine entsprechende Verschiebung der Produktionsstruktur aufgefangen werden. Häufig aber werden Änderungen relativer Preise erforderlich sein.

Der typische reale Schock in der keynesianischen Welt ist eine Veränderung der Renditeerwartungen (der berühmte „sudden collapse of the marginal efficiency of capital“). Die einzige Chance, mit einem solchen Schock fertigzuwerden, besteht in der Änderung des entsprechenden relativen Preises, hier des Zinssatzes, der wie die Renditeerwartungen eine Beziehung *zwischen* mehreren Perioden darstellt. Häufig aber reicht nicht einmal eine solche reale Reaktion aus, um das Vollbeschäftigungsgleichgewicht wiederherzustellen.

Diese Überlegung entsprach Keynes' Erklärung von Arbeitslosigkeit und Konjunkturschwankungen: Der Zinssatz kann die plötzlichen Änderungen in den Renditeerwartungen nicht auffangen, und das liegt vor allem daran, daß der Zins auch vom Geldmarkt bestimmt wird.

Für wenig sinnvoll hält Leijonhufvud Theorien, die sich auf die beiden „hybriden“ Fälle beziehen. Dies gilt einmal für die Inselparabel von Phelps (1969), wo nominale Schocks (Erhöhung der Geldmenge) deswegen zu realen Reaktionen führen, weil die Inselbewohner diese Schocks irrtümlich für reale Schocks halten. Vor allem aber hat Leijonhufvud die Uminterpretation oder Verbiegung der Keynesianischen Theorie kritisiert, in der unter dem Einfluß der neoklassischen Denkweise die Fragestellung umformuliert wurde: Warum wird ein realer Schock nicht durch eine *nominale* Reaktion (des Preis- und des Lohnniveaus) aufgefangen? Mit anderen Worten wurde so getan, als ob flexible Löhne und Preise einen Rückgang der Renditeerwartungen kompensieren könnten, und es wurde dann nur noch festgestellt, daß die Löhne und Preise relativ starr sind.

Es ist jedoch eher umgekehrt: Weil flexible Preise und Löhne kein Allheilmittel für gesamtwirtschaftliche Koordinationsprobleme sind, haben sich Verhaltensweisen durchgesetzt, die zu starren Preisen und Löhnen führen. Die aus keynesianischer Sicht richtige Fragestellung lautet: Welche Vor- und Nachteile sehen die Wirtschaftssubjekte bei der Starrheit bzw. Flexibilität von Preisen und Löhnen, und auf welchen Wegen kommt das mit diesen Interessen und Einsichten mehr oder weniger vereinbarte Maß an Starrheit zustande, das wir in der Realität beobachten?

Zur Beantwortung dieser Frage ist die traditionelle neoklassische Mikroökonomie *nicht* in der Lage, da sie von flexiblen Preisen ausgeht – oder sogar von stets markträumenden Preisen, wie die „new classical macroeconomics“. Vielmehr wird eine Mikroökonomie mit preissetzen-

den Unternehmen benötigt, die in monopolistischer Konkurrenz zueinander stehen:

„New-Keynesian economics is about the choices of monopolistically competitive firms that set their individual prices and accept the level of sales as a constraint, in contrast to new-classical economics, in which competitive price-taking firms make choices about output.“ (R. Gordon, 1990, S. 1116)

Mit der entsprechenden Literatur, in der die Effizienzlohntheorie, die Kontraktlohntheorie, die Insider-Outsider-Theorie, der Menue-Kosten-Ansatz und andere Überlegungen behandelt werden (für einen kurzen Überblick s. Gordon, 1990, Abschnitt VII, oder Fischer, 1988, Abschnitt IV) entwickelt sich in neuerer Zeit ein *mikroökonomisches* Fundament für die keynesianische makroökonomische Theorie. Wenn es gelingt, sie anhand der aufgezeigten keynesianischen Fragestellung weiterzuentwickeln und sie vor erneuter neoklassischer Vereinnahmung zu bewahren, so wäre für die logische Konsistenz der keynesianischen Theorie viel gewonnen, und es gäbe gute Aussichten für ihre theoretische Anerkennung durch die wissenschaftliche Gemeinschaft der Wirtschaftstheoretiker.

Sie kann sich dann auch gegenüber der Neuen Klassischen Makroökonomie behaupten, die sich für ihre Aussagen über die Koordinationsleistungen des Marktes auf das stützt,

“what is generally regarded as the weakest point of microtheory – the *tâtonnement* mechanism” (Howitt, 1987, S. 274).

Damit wende ich mich dem zweiten Kriterium für die Akzeptanz einer Theorie zu.

#### **IV. Wirtschaftspolitische Relevanz**

Wie wichtig die wirtschaftspolitische Relevanz für aktuelle und als dringlich erachtete Probleme für die Akzeptanz einer Theorie ist, zeigt sich daran, daß die Theorie von Keynes nach der Weltwirtschaftskrise und damit in einer Zeit, in der die Massenarbeitslosigkeit nur durch Kriegsvorbereitung und Rüstungsproduktion überwunden werden konnte, sehr rasch und weitgehend akzeptiert wurde. Dies wurde dadurch erleichtert, daß ihre wirtschaftspolitischen Lösungsvorschläge schon vorher von vielen Ökonomen vertreten wurden, obwohl sie mit deren theoretischer Analyse nicht vereinbar waren.

Ein ebenso deutliches Zeichen für diesen Zusammenhang ist darin zu sehen, daß die monetaristische Theorie nach dem 1. Ölpreisschock im Herbst 1973 und dem ihm folgenden Inflationsschub ihre dominierende Position erlangte; denn sie lieferte Lösungsvorschläge für dieses für die großen westlichen Industriestaaten nun wieder aktuelle Problem der hohen und sich evtl. beschleunigenden Inflationsraten.

Die Tatsache, daß die monetaristischen Lösungsvorschläge auf das Problem der Beschäftigung keine Rücksicht nahmen und trotzdem rasch akzeptiert wurden, hängt mit den Werturteilen darüber zusammen, wel-

che Probleme vordringlich seien. Daß das Ziel „hohe Beschäftigung“ so rasch seinen Vorrang verlor, führt Rothschild (1986) auf zunehmende objektive Schwierigkeiten und auf veränderte gesellschaftliche Konstellationen zurück.

Vor allem zwei objektive Schwierigkeiten stellten sich in der Vollbeschäftigungspolitik mehr und mehr in den Weg:

- a) Das Auslaufen der wachstumsbegünstigenden Faktoren der fünfziger und sechziger Jahre, nämlich Wiederaufbau und Nachholbedarf, technische Nachholprozesse und Liberalisierung des Außenhandels.
- b) Die verschärfte Inflationsproblematik, die sich gerade wegen der Erfolge der Vollbeschäftigungspolitik ergab. Diesen Zusammenhang hatten die Keynesianer (im Gegensatz zu Keynes) vernachlässigt: „Was aber viele Keynesianer nicht rechtzeitig erkannten, war, daß die erfolgreiche Vollbeschäftigungspolitik zu veränderten Verhaltensweisen führte, welche die Inflationsproblematik verschärften: Das Vertrauen in anhaltend gute Beschäftigungs- und Absatzmöglichkeiten verstärkte die Bereitschaft von Arbeitnehmern und Unternehmungen, ihre Positionen im Verteilungskampf durch wachsende und künftige Inflationsraten vorwegnehmende Lohnforderungen und Preissteigerungen zu verbessern. Die Tendenz inflationssteigernder Lohn-Preis-Spiralen wurde damit gegen Ende der sechziger Jahre immer akuter.“ (Rothschild, 1986, S. 119)

Zu den veränderten gesellschaftlichen Konstellationen schreibt Rothschild (1986, S. 120):

„Mit der Beendigung der Wiederaufbautätigkeiten der fünfziger Jahre und der Wiederherstellung eines funktionsfähigen internationalen Handels- und Währungssystems hatte sich die Wirtschaft in allen Ländern im Laufe der sechziger Jahre – bei hoher Beschäftigung – voll konsolidiert.

Die unruhigen Jahre der Nachkriegszeit, in der utopische und realistische Reformideen herumschwirrten und die politischen Gemüter bewegten, waren vorbei. Es kam – wenn auch unter geänderten Verhältnissen – zu einer Restauration der alten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Das mußte sich auch in den ideologischen Tendenzen niederschlagen. Die konservativen Kräfte, welche in der labilen Nachkriegszeit und unter dem Eindruck der Depression der Zwischenkriegsjahre eher defensiv und konzessionsbereit agiert hatten, konnten nun wieder selbstbewußter und aggressiver auftreten.“

Dabei zeigt sich nach Rothschilds Meinung:

„Das alte Vorurteil gegen die Zulässigkeit staatlicher Eingriffe, welches das Unternehmerdenken seit jeher beherrscht hatte und in der früheren traditionellen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik seinen Niederschlag und seine Legimitation fand, war nicht ausgestorben. Staatliche Einflüsse konnten in den Händen mancher Regierungen nicht nur zur Erhaltung erwünschter Prosperität und Absatzchancen, sondern auch für kostspielige Wohlfahrts- und Umverteilungszwecke eingesetzt werden, welche in diesen Kreisen weit weniger willkommen waren. Auch unabhängig davon bedeutete die stärkere und häufig schwerfälli-

ge staatliche Aktivität eine Behinderung der unternehmerischen Dispositionsfreiheit. Und schließlich verlor in diesen Kreisen auch die Vollbeschäftigung ihre hohe Priorität, als man erkennen mußte, daß sich mit andauernder hoher Beschäftigung und schwindender Angst vor Arbeitslosigkeit das Kräfteverhältnis am Arbeitsmarkt und die Entscheidungssituation in den Betrieben zugunsten der Arbeitnehmer verschieben könnte. Daß diese Elemente früher oder später in Geschäftskreisen wieder die Oberhand gewinnen würden und eine Rückkehr zur (alten) neoklassischen Orthodoxie begünstigen würden, hatte übrigens der bedeutende Ökonom Michal Kalecki, der schon vor Keynes ein keynesianisches Modell entworfen hatte, bereits 1943 in einem wahrhaft prophetischen Artikel vorhergesagt" (Kalecki, 1943).

Die abnehmende Bedeutung, die der keynesianischen Makroökonomik zuerkannt wird, ist aber nicht nur auf die veränderte Gewichtung oder Akzeptanz der Ziele zurückzuführen, sondern auch auf zunehmende Skepsis gegenüber ihren Lösungsvorschlägen für das Problem der konjunkturellen Schwankungen der Gesamtnachfrage und für das Problem dauerhafter Unterbeschäftigung.

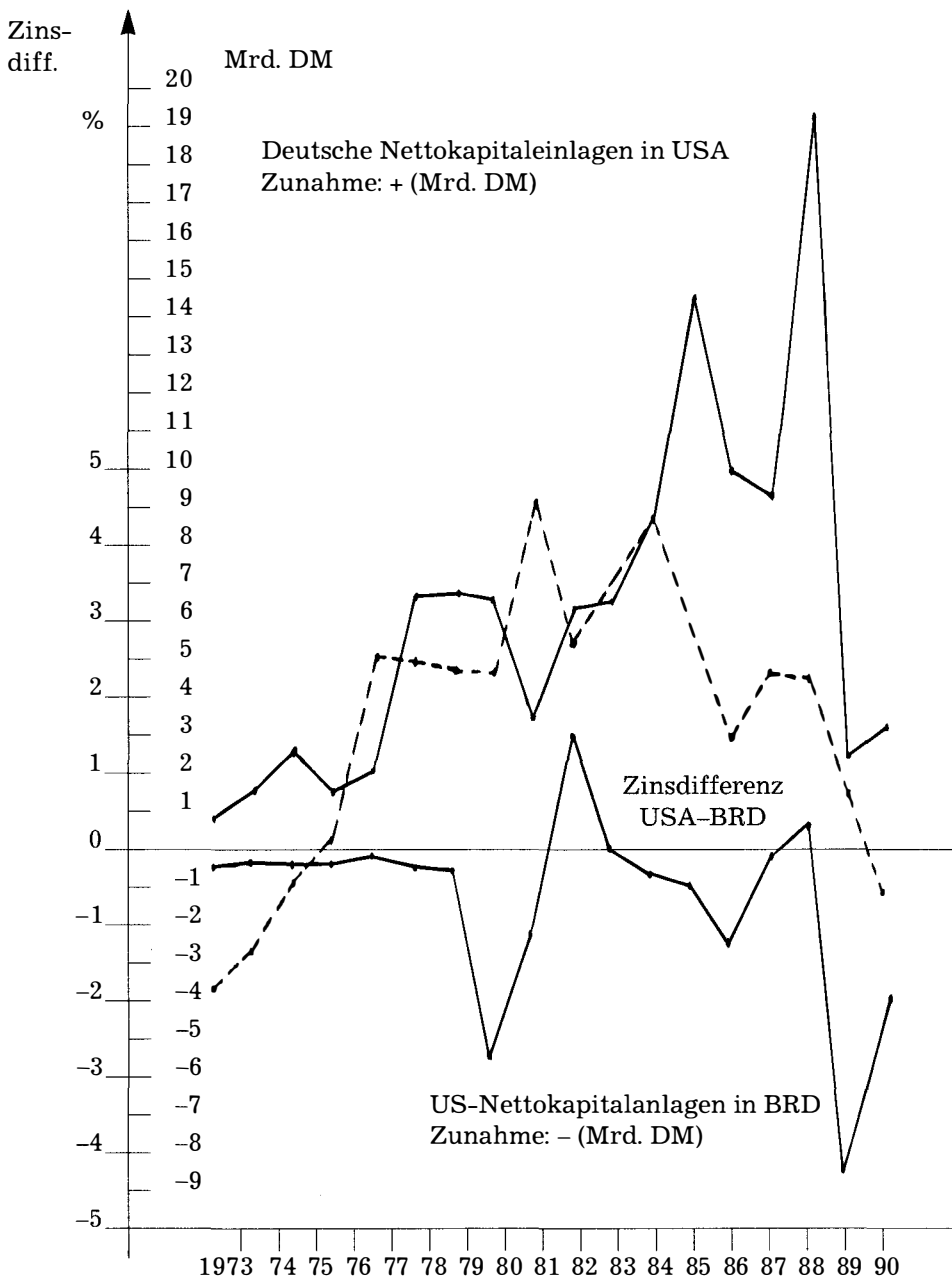
Diese Skepsis beruht vor allem auf den Konsequenzen, die sich aus der Internationalisierung der Wirtschaft ergeben, d. h. aus der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung der Gütermärkte und der Kapitalmärkte. Diese Internationalisierung führt dazu, daß die Wirkungen von Steuerungsmaßnahmen, die auf die jeweilige nationale Volkswirtschaft zielen, an deren Grenzen nicht haltmachen. Auf den Gütermärkten stellt die internationale Verflechtung gegenüber früheren Zeiten nur einen graduellen Unterschied dar: Die Import- und Exportquoten sind größer geworden. Daher kommt eine Erhöhung der Gesamtnachfrage zu einem größeren Teil als früher nicht der inländischen Produktion zugute, sondern der ausländischen. Dies hat die neugewählte französische Regierung unter Mitterrand 1981 bei ihrer isolierten Expansionspolitik schmerzlich erleben müssen.

Die internationale Verflechtung der Kapitalmärkte, die sich aus der weltweiten Abschaffung fast aller Kapitalverkehrskontrollen ergibt, stellt dagegen einen mehr als nur graduellen Unterschied dar. Sie führt zwar nicht dazu – wie Schaubild 1 beispielhaft für die Zinsdifferenzen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland zeigt – daß die Zinssätze sich einander angleichen oder gar übereinstimmen. Daher können zumindest die Notenbanken, die Schlüsselwährungen emittieren, auch weiterhin Einfluß auf das Zinsniveau nehmen; sie müssen bei entsprechenden Maßnahmen aber berücksichtigen, inwieweit sie dadurch Kapitalbewegungen auslösen.

Zu dieser Frage gibt Schaubild 1 keine klare Auskunft; denn es zeigt, daß kein klarer Zusammenhang zwischen Zinsdifferenzen und Kapitalbewegungen besteht. Dies ist nicht erstaunlich, weil die Kapitalanleger ihren Entscheidungen bestimmte Wechselkurserwartungen zugrunde legen. Außerdem gehören auch Direktinvestitionen zu den langfristigen Kapitalanlagen, und diese werden nach Renditeerwartungen getroffen und nicht nach durchschnittlichen Marktzinssätzen. Für die Devisen-

# Schaubild 1

Langfristige Kapitalbewegungen (Laufzeit über 1 Jahr und langfristige Zinsdifferenzen) USA-BRD



1) Long term Government Bond Yields (FRG > 7 years; USA: > 10 years)

Quelle: Kapitalbewegungen: Stat. Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, diverse Hefte, 1975-1991

Zinsdifferenz: World Financial Markets, J. P. Morgan (Hrsg.), diverse Hefte, 1977-1991

bilanz und die Wechselkursentwicklung ist außerdem wichtig, in welchem Umfang die Geldvermögensbesitzer zwischen lang- und kurzfristigen Kapitalanlagen wechseln und wie lange sie langfristige Wertpapiere halten.

Ein geldpolitischer Spielraum ist für Notenbanken daher gegeben, für die Deutsche Bundesbank auch deswegen, weil für die DM Aufwertungserwartungen bestehen, wozu die niedrige Inflationsrate und die hohen Leistungsbilanzüberschüsse beitragen.

## **V. Konsequenzen für die Ausgestaltung keynesianischer Globalsteuerung**

Wenn es gelingen soll, die aus der keynesianischen Makroökonomie abzuleitenden Maßnahmen der Globalsteuerung wieder glaubwürdig zu machen, dann müssen die Folgen der Internationalisierung der Wirtschaft bei der Formulierung der wirtschaftspolitischen Empfehlungen berücksichtigt werden. Außerdem ist eine antizyklische Ausrichtung der Globalsteuerung wegen der mit ihrer Unstetigkeit verbundenen Probleme und wegen der Verschiebung der Probleme von der konjunkturellen zur dauerhaften Unterbeschäftigung nicht mehr aktuell, wie schon Krupp (1983) betont hat. Daher möchte ich auf die aktuellere Frage eingehen, welche Konsequenzen die Internationalisierung der Wirtschaft für eine Globalsteuerung haben muß, die in einer Situation andauernder Unterbeschäftigung, wie sie in den meisten westeuropäischen Industriestaaten zu beobachten ist, das Beschäftigungsniveau erhöhen will.

In einer solchen Situation sind expansive, beschäftigungsfördernde Maßnahmen nur sinnvoll, wenn sie mittelfristig angelegt sind. Das aber hieße andererseits: Die Fiskalpolitik müßte für eine expansive Politik viele Jahre lang entsprechende Budgetdefizite in Kauf nehmen. Bedenkt man die ökonomischen und politischen Probleme, die mit dauerhaften Budgetdefiziten verbunden sind, so wird man eine solche expansive Fiskalpolitik kaum empfehlen können. Dies gilt umso mehr, je mehr die positiven Effekte anderen Staaten zugute kommen, diese aber nicht bereit sind, ihrerseits – sofern sie ebenfalls unter dauerhafter Unterbeschäftigung leiden – expansive Maßnahmen zu ergreifen.

Bei der Geldpolitik ist die Abkehr von einer antizyklischen Ausrichtung selbst dann nicht vollständig, wenn auf das monetaristische Rezept einer stetigen Expansion der Geldmenge übergegangen wird: Wenn nämlich durch Ursachen im privaten Sektor eine konjunkturelle Abschwächung erfolgt, so bedarf es einer leicht expansiven Geldpolitik, damit die Geldmenge dennoch mit der vorgesehenen Rate steigt. Entscheidend aber bleibt in einer Situation andauernder Unterbeschäftigung die Höhe der angestrebten durchschnittlichen Wachstumsrate der Geldmenge. Hier sollte eine beschäftigungsorientierte keynesianische Geldpolitik die Spielräume ausnutzen, die ihr trotz der internationalen Kapitalverflechtung verbleiben; denn sie muß – wegen der eingeschränkten Bedeutung der Fiskalpolitik – die Hauptlast der Global-

steuerung tragen. Wird eine entsprechende Geldpolitik mit Augenmaß und im Konsens mit den Tarifparteien betrieben, so bestehen gute Aussichten, daß einer eventuell von einer leicht über dem Wachstum des Produktionspotentials liegenden Geldmengenexpansion ausgehende Inflationsgefahr durch eine Einkommenspolitik, die Lohn- und Preispolitik umfaßt, entgegengesteuert werden kann. Wenn mit Hilfe einer solchen Einkommenspolitik, die sich – bedingt durch günstige Faktoren – gerade in Österreich sehr bewährt hat (Scharpf, 1985), für die wirtschaftspolitische Konzeption, die aus der keynesianischen Makroökonomie abzuleiten ist, wieder Glaubwürdigkeit gewonnen werden kann, so stehen einer Akzeptanz dieser Makroökonomie auch auf der wirtschaftspolitischen Ebene keine unüberwindlichen Hindernisse im Wege. Voraussetzung dafür ist die Einsicht der Tarifparteien, daß es zwecklos und sogar kontraproduktiv ist, Verbesserungen der Beschäftigungssituation für Lohn- und Preissteigerungen auszunutzen, die real nichts bewirken, aber eine restriktive Geldpolitik provozieren.

## Literatur

- Clower, Robert, 1963, Die keynesianische Gegenrevolution. Eine theoretische Kritik, „Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaftslehre und Statistik, Band 99, S. 8–31, Wiederabgedruckt in: H. Hagemann u. a., Hrsg., Die Neue Makroökonomik. Frankfurt/New York (Campus) 1981
- De Long, J. Bradford und Summers, Lawrence, 1986, Is Increased Price Flexibility Destabilizing, *The American Economic Review*, Vol. 76, S. 1031–1044
- Fischer, Stanley, 1988, Recent Developments in Macroeconomics *Economic Journal*, Vol. 98, S. 294–339
- Gordon, Robert, 1990, What is New-Keynesian Economics?, *Journal of Economics Literature*, Vol. 28, S. 1115–1171
- Howitt, Peter, 1987, Macroeconomics: Relations with Microeconomics, in: *The New Palgrave: A Dictionary of Economics*. Band 3, London & Basingstoke (Macmillan)
- Krupp, Hans-Jürgen, 1983, Perspektiven der Konjunkturpolitik, in: G. Kurlbaum u. Uwe Jens (Hrsg.), Beiträge zur sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik, Bonn (Neue Gesellschaft)
- Kromphardt, Jürgen, 1986, Die Zukunft der Globalsteuerung. Theoretische Perspektiven, in: H. Körner/Chr. Uhlig (Hrsg.), Die Zukunft der Globalsteuerung. Bern und Stuttgart (P. Haupt)
- Leijonhufvud, Axel, 1968, *On Keynesian Economics and the Economics of Keynes*, New York, Oxford (Oxford U. P.)
- Modigliani, Franco, 1944, Liquidity Preference and the Theory of Interest and Money, *Econometrica*, Vol. 12, wiederabgedruckt in: F. Lutz/L. Mintz (Hrsg.), *Readings in Monetary Theory*, London (Allen & Unwin) 1942
- Menger, Carl, 1883, *Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie insbesondere*, Leipzig (Mohr)
- Leijonhufvud, Axel, 1987, Whatever happened to Keynesian Economics?, in: David Reese (Hrsg.), *The Legacy of Keynes*, San Francisco (Harper & Row)
- Samuelson, Paul, 1975, *Volkswirtschaftslehre*, Band 1, 6. Auflage, Köln (Bund-Verlag).
- Scharpf, Fritz, 1985, Neue Arbeitsmarktpolitik in einem wirtschaftspolitischen Gesamtkonzept, in: M. Dierkes und B. Strümpel (Hrsg.), *Wenig Arbeit, aber viel zu tun. Neue Wege der Arbeitsmarktpolitik*, Opladen (Westdeutscher Verlag)
- Schlicht, Ekkehard, 1991, Die Wachstumstheorie im Widerspiel von Mikro- und Makroansatz. Vortrag im Ottobeurer Seminar, erscheint 1991 in: B. Gahlen u. a. (Hrsg.), *Wachstumstheorie und Wachstumspolitik. Ein neuer Anlauf*, Tübingen (Mohr)